

- 2 **Mindestlohn** Alle Beschäftigten profitieren
- 3 **Azubis** Mehr Kohle dank Fachkräftemangel
- 4 **Löhne** Kapital gewinnt, Arbeit verliert
- 6 **Wohnen** Zu wenig Neubau verschärft die Wohnungsnot
- 7 **Arbeitswelt** Engpass Kinderbetreuung

GLEICHSTELLUNG

Gestresste Familienmanagerinnen

In den meisten Haushalten sind es die Frauen, die den Alltag organisieren – unabhängig davon, ob sie in Teilzeit oder Vollzeit arbeiten.

Einkaufslisten machen, Abendessen planen, den Nachwuchs vom Kindergarten abholen, Termin für die Vorsorgeuntersuchung bei der Kinderärztin vereinbaren, zwischendurch den kranken Schwiegervater anrufen und an die Unterlagen für die Steuererklärung denken: Die Alltagsorganisation kann neben der Erwerbsarbeit eine Menge Zeit und Nerven kosten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sprechen von „unsichtbarer Denkarbeit“ oder „Mental Load“, wenn es darum geht, den Überblick zu wahren und Wege zu finden, das scheinbar Unvereinbare vereinbar zu machen. WSI-Forscherin Yvonne Lott und Paula Bünger haben untersucht, wie Frauen und Männer diese Planungsaufgaben untereinander aufteilen und welche Belastung daraus resultiert. Ihre Studie beruht auf Angaben von rund 2200 Personen im Rahmen der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung. Ergebnis: Die Wahrscheinlichkeit, dass sich in Paarbeziehungen von Erwerbstätigen überwiegend die Frau darum kümmert und dafür verantwortlich fühlt, dass wichtige private Aufgaben erledigt und Termine gehalten werden, liegt bei 62 Prozent. Die Wahrscheinlichkeit, dass dies vor allem der Mann übernimmt, beträgt hingegen lediglich 20 Prozent. Leben Kinder im Haushalt, ist die Diskrepanz noch größer.

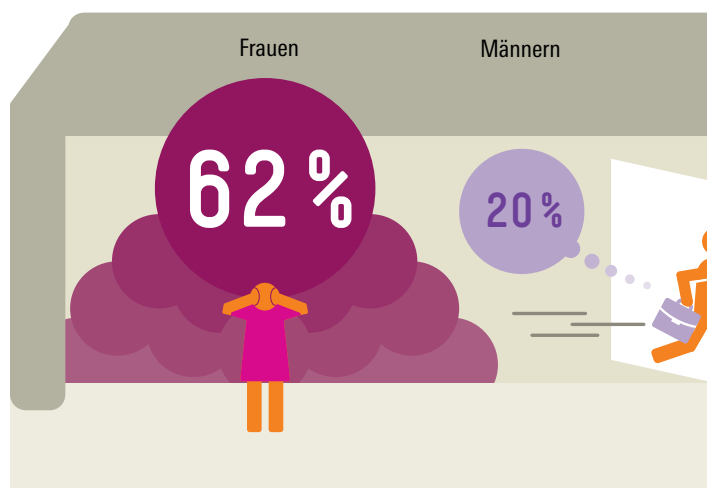
Auch die empfundene Belastung durch die Planungsarbeit unterscheidet sich zwischen den Ge-

schlechtern. Auf einer Skala von null bis sieben kommen Frauen im Schnitt auf 3,2, Männer auf 2,8. Beachtenswert sei zudem, schreiben Lott und Bünger, „dass sich Frauen in Teilzeit ebenso wie Frauen in Vollzeit durch kognitive Arbeit belastet fühlen. Es scheint also nicht so zu sein, dass Frauen durch kürzere Arbeitszeiten mehr mentale Entlastung im Alltag erfahren und etwa mit mehr Entspannung und Energie kognitive Arbeit erledigen.“

Der Mental Load sei „eine zentrale Dimension partnerschaftlicher beziehungsweise geschlechtsspezifischer Ungleichheit“, der auf verschiedenen Ebenen begegnet werden müsse, konstatieren die Forscherinnen. Es gelte, den „ins Stocken geratenen Wandel der Geschlechterarrangements“ in Fahrt zu bringen, auf politischer, aber auch betrieblicher Ebene, wo wesentliche Gründe für den geringen Fortschritt zu finden seien. Eine Maßnahme, um das zu ändern, könnten etwa Führungskräftebildungen sein, die zum Wandel der Betriebskultur beitragen. Darüber hinaus sollten Väter aktiv über betriebliche und rechtliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf informiert und bei deren Nutzung unterstützt werden. <

Mitdenken ist meist Frauensache

So hoch ist die Wahrscheinlichkeit, den überwiegenden Teil der kognitiven Haushaltsarbeit in einer Paarbeziehung zu übernehmen, bei ...



Quelle: Lott, Bünger 2023

Alle Beschäftigten profitieren

Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat dazu beigetragen, dass auch die Tariflöhne in einigen klassischen Niedriglohnbranchen deutlich angehoben wurden. Hiervon profitierten nicht nur die untersten Lohngruppen, sondern alle Beschäftigten.

Hat sich der Abschluss von Tarifverträgen in Branchen mit niedrigen Löhnen nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und seiner mehrfachen Erhöhung erledigt? Das haben Forschende des WSI und des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) in einer umfangreichen Studie für die Mindestlohnkommission untersucht. Ihr Ergebnis: keineswegs. Die Bereitschaft der Sozialpartner, Tarifverträge abzuschließen, hat sich in den allermeisten untersuchten Branchen nicht verändert. In der Regel hatten sowohl Gewerkschaften als auch Unternehmen ein Interesse daran, durch neue Abschlüsse zu verhindern, dass der gesetzliche Mindestlohn die Tariflöhne „überholt“.

Die Forschenden haben Tarifverträge aus elf Niedriglohnbranchen ausgewertet sowie Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände geführt. Dabei haben sie sich auf den Zeitraum von 2020 bis 2022 konzentriert – eine Phase, in der der Mindestlohn sechsmal erhöht wurde und mit der Anhebung auf 12 Euro im Oktober 2022 einen deutlichen Sprung vollzog.. Ost- und Westdeutschland sind gleichermaßen repräsentiert.

Auch auf die Mitgliederzahlen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden hat der Mindestlohn der Studie zufolge keinen nennenswerten Einfluss. Zwar sind diese Zahlen auf beiden Seiten in bestimmten Bereichen leicht rückläufig. Die Befragten ziehen jedoch meist keine Verbindung zum Mindestlohn. So machen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter eher die schwierigen Bedingungen während der Corona-Pandemie verantwortlich, Arbeitgeberverbände verweisen auf Übernahmen kleinerer Betriebe durch größere, was die Zahl der Arbeitgeber naturgemäß senkt. Lediglich in Einzelfällen wurde ein Zusammenhang zum Mindestlohn hergestellt.

Höhere Tariflöhne

Abgesehen vom Einzelhandel, der in der Regel etwas besser bezahlt als andere untersuchte Branchen, hatten die Mindestlohnanpassungen seit 2020 überall „einen deutlichen Einfluss auf die Tariflohndynamik“. Die Löhne stiegen „erheblich schneller, als sie ohne Mindestlohnanpassung gestiegen wären“, vor allem durch den letzten Schritt auf 12 Euro pro Stunde. Die Erhöhungen waren zum Teil erheblich. Im Friseurhandwerk, wo in der Coronazeit kein neuer Abschluss zustande gekommen war, stieg das Entgelt in den beiden –

stark besetzten – unteren Tarifgruppen für Beschäftigte mit Abschluss um 25 Prozent. Im Gastgewerbe wurden die unteren Stufen, meist in mehreren Schritten, um 20 bis 30 Prozent angehoben. Wach- und Sicherheitsleute in den untersten Gruppen bekommen in Berlin-Brandenburg 14,5 Prozent und in Nordrhein-Westfalen 12,3 Prozent mehr.

In der Systemgastronomie und im Gastgewerbe gibt es tarifvertragliche Abstandsklauseln. Das heißt: Wenn der Mindestlohn die unteren Lohngruppen überholt, werden diese automatisch auf ein bestimmtes Niveau oberhalb des

neuen Mindestlohns angehoben. In anderen Branchen sollen überholte Entgeltgruppen in der nächsten Tarifrunde angepasst werden. Ein Sonderfall ist die Floristik in Ostdeutschland. Hier wurde die komplette Tarifstruktur durch den höheren Mindestlohn unwirksam und kein neuer Abschluss erzielt.

Auswirkungen auf höhere Lohngruppen

Während in den jüngsten Tarifverhandlungen allen Beteiligten klar war, dass die untersten Gruppen wenigstens auf Mindestlohnniveau angehoben werden mussten, drehen sich die Tarifverhandlungen vor allem um die Frage, wie stark die

Löhne oberhalb des Mindestlohns steigen sollten. Gewerkschaften wie Arbeitgeber hielten es für notwendig, gewisse Lohnabstände, etwa zwischen Angelernten und Fachkräften, aufrechtzuerhalten, um die Qualifikationen der Ausgebildeten nicht zu entwerten. Dem stand allerdings das Interesse der Arbeitgeber entgegen, den Anstieg der Personalkosten zu begrenzen.

Im Ergebnis führten die mindestlohnbedingten Anpassungen „in der Regel sowohl zu einer Stauchung als auch zu einer deutlichen Anhebung der gesamten Lohnstruktur“. Wobei die Stauchung meist am unteren Ende der Lohnstruktur entstand. Gelegentlich verringerten sich aber auch die oberen Lohnabstände, wenn die mittleren Gruppen ebenfalls deutlich angehoben wurden. Das war beispielsweise in der Gebäudereinigung, der westdeutschen Floristik sowie dem Gastgewerbe und Friseurhandwerk in NRW der Fall. In einigen Bereichen bewegte sich auch das gesamte Entgeltgefüge. In der ostdeutschen Landwirtschaft etwa verschob sich das Lohngitter um etwa 20 Prozent nach oben, in der Systemgastronomie sogar fast um 30 Prozent. Ähnliches gilt für Teile des Gastgewerbes.



Andere Tarifyhalte wie beispielsweise Arbeitszeiten blieben laut der Untersuchung von den Mindestloohnerhöhungen unberührt. Die Arbeitgeber haben höhere Lohnkosten also nicht durch Abstriche an anderer Stelle kompensiert. Auch zwischen Mindestlohn und Allgemeinverbindlicherklärungen konnten die Forschenden „keine direkte Wechselwirkung“ ausmachen. Allgemeinverbindlicherklärungen spielten nur insofern eine Rolle, als sie es Arbeitgebern erleichterten, Tariflöhnen oberhalb des Mindestlohns zuzustimmen, ohne einen Unterbietungswettbewerb durch tariflose Konkurrenten fürchten zu müssen. So war es etwa bei Wach- und Sicherheitsdiensten sowie im Friseurhandwerk in NRW. In der Fleischwirtschaft wurde festgelegt, dass der jüngste Tarifabschluss nur wirksam wird, wenn er allgemeinverbindlich erklärt wird.

Unter dem Strich, halten die Forschenden fest, hätten nicht nur in die unteren Tarifgruppen, „sondern alle Beschäftigten von der mindestlohninduzierten Anpassung der Tarifverträge profitiert“. Entgegen mancher Befürchtungen habe sich der Mindestlohn insgesamt positiv auf die Tarifvertragsbeziehungen ausgewirkt und zu einer deutlichen Aufwertung der genannten Tarifbranchen beigetragen. <

Quelle: Reinhard Bispinck u.a.: Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns auf das Tarifgeschehen, Studie im Auftrag der Mindestlohnkommission, Juni 2023 [Link zur Studie](#)

AZUBIS

Mehr Kohle dank Fachkräftemangel

Viele tarifvertragliche Ausbildungsvergütungen sind in jüngster Zeit überdurchschnittlich stark gestiegen.

Angehende Bäcker bekommen seit dem 1. August 2023 26,5 Prozent mehr Geld als ihre Kolleginnen und Kollegen im Jahr zuvor. Erhöhungen um 20 Prozent und mehr gab es außerdem im bayerischen Gastgewerbe, der westdeutschen Floristik und der Süßwarenindustrie Nordrhein-Westfalen. Um mehr als 10 Prozent stiegen die Ausbildungsvergütungen im sächsischen Gastgewerbe, in der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern und im privaten Bankgewerbe. In der Mehrzahl der Branchen wurden die Vergütungen im Laufe des letzten Ausbildungsjahres zwischen 2 und 7,5 Prozent angehoben. Das geht aus einer Auswertung des WSI-Tarifarchivs hervor.

„Die Tarifvertragsparteien reagieren auf sinkende Ausbildungszahlen und einen zunehmenden Fachkräftemangel, dem ohne eine deutliche Verbesserung der Vergütungsniveaus nicht begegnet werden kann“, sagt WSI-Tarifexperte Thorsten Schulten. <

Weitere Informationen: <https://www.wsi.de/de/ausbildungsverguetungen-15299.htm>

Was die Lehre einbringt

So viel bekommen Azubis im ersten Jahr im Bereich ...

| | |
|---|-----------|
| Pflege (öffentlicher Dienst Länder ohne Hessen) | 1231 Euro |
| Pflege (öffentlicher Dienst, Bund, Gemeinden) | 1191 |
| privates Bankgewerbe | 1150 |
| Versicherungsgewerbe | 1120 |
| Metall- und Elektroindustrie (Baden-Württemberg) | 1091 |
| chemische Industrie (Nordrhein) | 1090 |
| öffentlicher Dienst (Länder ohne Hessen) | 1087 |
| chemische Industrie (Ost) | 1080 |
| öffentlicher Dienst (Bund, Gemeinden) | 1068 |
| Metall- und Elektroindustrie (Sachsen) | 1059 |
| Süßwarenindustrie (Nordrhein-Westfalen) | 1051 |
| Druckindustrie | 1025 |
| Deutsche Bahn AG | 1020 |
| Textilindustrie (Baden-Württemberg) | 1015 |
| Gastgewerbe (Bayern) | 1000 |
| Kfz-Handwerk (Baden-Württemberg) | 979 |
| Einzelhandel (Nordrhein-Westfalen) | 960 |
| Holz- u. Kunststoffverarb. Industrie (Westf.-Lippe) | 960 |
| Gastgewerbe (Sachsen) | 950 |
| Bauhauptgewerbe (West o. Berlin-West) | 935 |
| Süßwarenindustrie (Ost) | 922 |
| Einzelhandel (Brandenburg) | 910 |
| privates Verkehrsgewerbe (Spedi. u. Logistik) (Brandenburg) | 900 |
| privates Transport- und Verkehrsgewerbe (NRW) | 890 |
| Bauhauptgewerbe (Ost) | 880 |
| Textilindustrie (Ost) | 880 |
| Gebäudereinigungshandwerk (gewerbliche Beschäftigte) | 875 |
| Backhandwerk | 860 |
| Holz- u. Kunststoffverarb. Industrie (Sachsen) | 860 |
| Landwirtschaft (Mecklenburg-Vorpommern) | 840 |
| Kfz-Handwerk (Thüringen) | 810 |
| Floristik (West) | 800 |
| Landwirtschaft (Nordrhein) | 790 |
| Friseurhandwerk (Nordrhein-Westfalen) | 610 |
| Floristik (Ost) | 585 Euro |

Quelle: WSI 2023

Kapital gewinnt, Arbeit verliert

Die Beschäftigten in der EU haben erheblich an Kaufkraft eingebüßt. Schuld ist die Inflation, zu der auch überhöhte Gewinnmargen beitragen.

In 26 von 27 EU-Ländern sind die Reallöhne 2022 nicht gestiegen, im EU-Mittel betrug der Rückgang 4 Prozent. Besonders deutliche Verluste gab es in Estland mit 9,3 Prozent, Griechenland mit 8,2 Prozent und Tschechien mit 8,1 Prozent. Deutschland lag mit einem Rückgang von 4,1 Prozent nahe am Durchschnitt der EU. Einzige Ausnahme ist das Niedriglohmland Bulgarien, das ein Plus von 4,7 Prozent verzeichnete. Das ergibt der Europäische Tarifbericht des WSI, für den unter anderem Daten der Europäischen Kommission zur Lohn- und Preisentwicklung ausgewertet wurden.

Verantwortlich für den beispiellosen Einbruch der Reallöhne sind die hohen Inflationsraten. Während diese zunächst von gestiegenen Importpreisen für fossile Energieträger und Nahrungsmittel getrieben wurden, tragen inzwischen steigende Unternehmensgewinne erheblich zum Preisauftrieb bei, erklärt das WSI. EU-weit stiegen die Kapitalstückkosten, gemessen als Bruttobetriebsüberschüsse je produzierter Einheit, im vergangenen Jahr um 7 Prozent und damit deutlich schneller als die Lohnstückkosten, die um 3,3 Prozent zulegten. Die höheren Gewinne gehen darauf zurück, dass Unternehmen ihre Preise stärker angehoben haben, als dies aufgrund gestiegener Kosten eigentlich notwendig gewesen wäre. Auch in Deutschland haben steigende Gewinnmargen die Inflationsdynamik verschärft.

Aufgrund des Ungleichgewichts zwischen Lohn- und Gewinnentwicklung ist der Anteil der Löhne am Volkseinkommen spürbar zurückgegangen: EU-weit und auch in Deutschland sank die Lohnquote zwischen 2020 und Ende 2022 um rund zwei Prozentpunkte. Die WSI-Forscher Thilo Janssen und Malte Lübker stellen deshalb fest, dass es „mitten in der Krise zu einer Umverteilung zulasten der Löhne und zugunsten der Kapitaleinkommen gekommen ist“. Während die Gewinne ein wichtiger Faktor bei der hartnäckigen Teuerung seien, lasse sich der Preisauftrieb nicht auf die Tarifpolitik zurückführen. Nach Berechnungen der Europäischen Zentralbank stiegen die Tariflöhne im Jahr 2022 um 2,8 Prozent und bewegten sich damit unterhalb der Schwelle von 3 Prozent, die als stabilitätskonform gilt. Auch in Deutschland, wo die Tarifverdienste nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im ersten Quartal 2023 um 2,7 Prozent höher lagen als im Vorjahresquartal, habe die Tarifpolitik keinen inflations-treibenden Einfluss gehabt, so Janssen und Lübker.

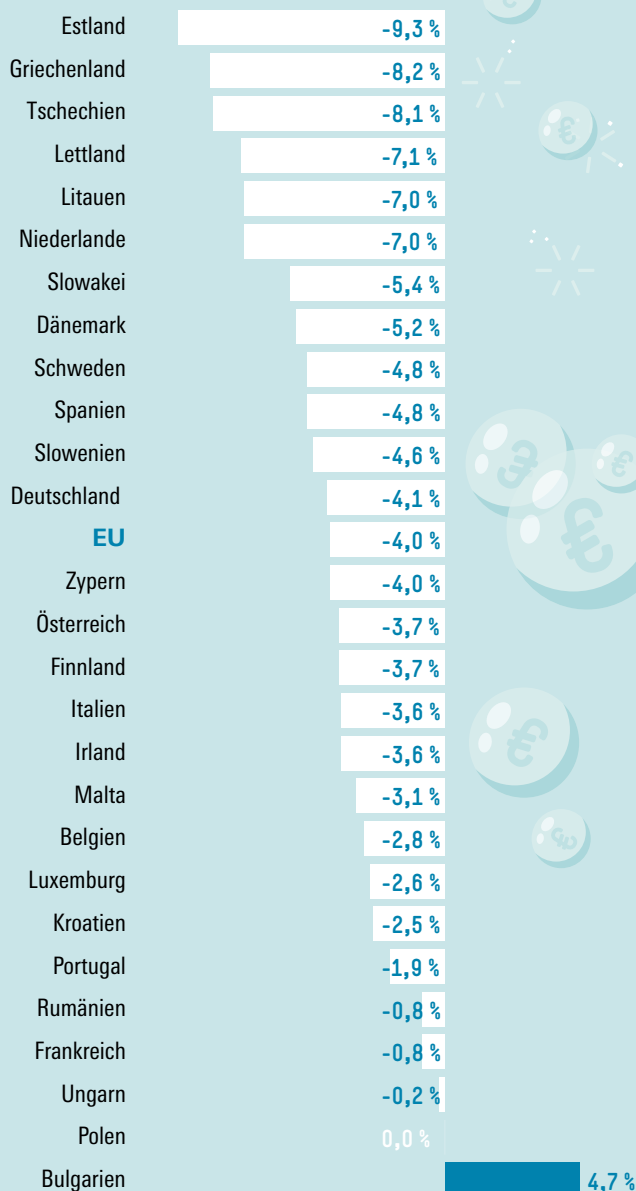
Kehrseite der relativ moderaten Zuwächse ist, dass die Tariflohnsteigerungen im Jahr 2022 in allen betrachteten Ländern unter der Inflationsrate lagen und deshalb – wie bei den Löhnen insgesamt – fast überall mit Kaufkrafteinbußen verbunden waren. Nur in Bulgarien sorgten Arbeitskräfteknappheit und Aufholeffekte bei den Löhnen für ein Plus. Für das laufende Jahr rechnet die EU-Kommission mit weiteren Reallohnverlusten: Sie geht davon aus, dass die realen Effektivlöhne EU-weit um 0,7 Prozent und in Deutschland um 1,3 Prozent sinken werden. Im Gegensatz dazu werden

die Unternehmensgewinne vermutlich weiterhin steigen: Die Kapitalstückkosten dürften im EU-Durchschnitt um 7,6 Prozent zunehmen, in Deutschland sogar um 8 Prozent.

Die jüngste Inflationswelle habe das reale Einkommen von Beschäftigten also deutlich geschmälert, stellen die Wissenschaftler fest. Dagegen seien oft Zweifel angebracht, wenn Arbeitgeber über Einbußen durch steigende Kosten klagten. Die Deutsche Bundesbank ist beispielsweise in einer Untersuchung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Un-

Die Kaufkraft sinkt

So entwickelten sich 2022 die Reallöhne in ...

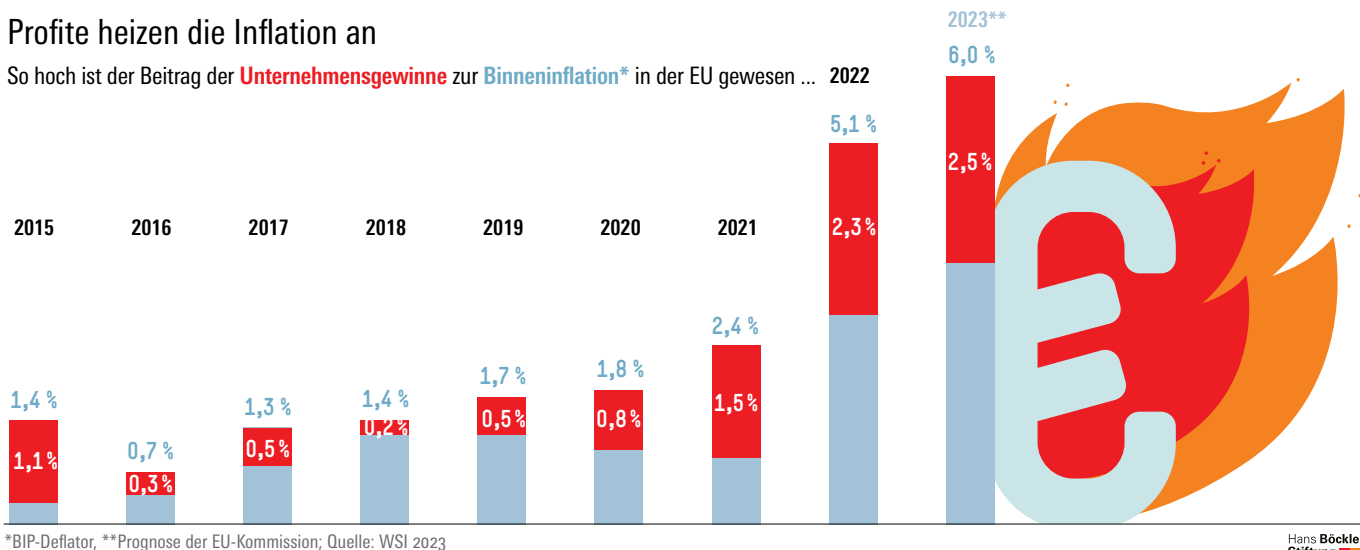


Quelle: WSI 2023

Hans Böckler
Stiftung

Profite heizen die Inflation an

So hoch ist der Beitrag der **Unternehmensgewinne** zur **Binneninflation*** in der EU gewesen ... **2022**



Unternehmen Kostensteigerungen größtenteils an die Verbraucher und Verbraucherinnen weitergegeben haben, während dies bei Entlastungen nicht der Fall gewesen ist. Im Ergebnis konnten deutsche Unternehmen ihre Umsatzrendite schon im Jahr 2021 auf durchschnittlich 5,1 Prozent steigern, den höchsten Wert seit 2007. Vorläufige Zahlen legen nahe, dass die Unternehmensgewinne auch im Jahr 2022 weiter gestiegen sind und so zur Inflation beigetragen haben.

Als weiteres Anzeichen für überhöhte Profite bewerten Janssen und Lübker Berechnungen zum BIP-Deflator, der die Preisentwicklung der inländischen Wertschöpfung misst. Hier lag der Beitrag der Unternehmensgewinne 2021 bei 1,5 und 2022 bei 2,3 Prozentpunkten. Im laufenden Jahr könnten steigende Gewinnmargen nach der Prognose der EU-Kommission abermals 2,5 Prozentpunkte zur inländischen Inflation beitragen. Zwischen 2010 und 2020 waren es im Schnitt 0,5 Prozentpunkte. Das heißt: Aktuell ist der

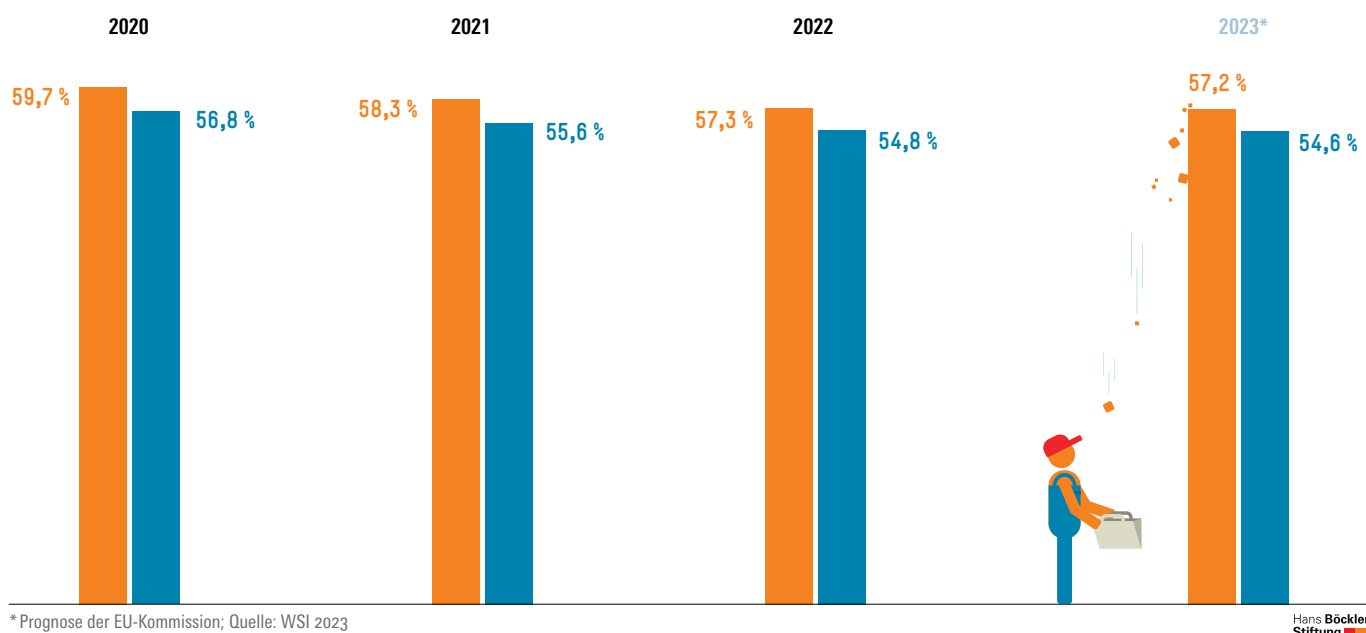
Beitrag der Gewinne zur Binneninflation drei- bis fünfmal so hoch wie im langfristigen Trend.

Während die Beschäftigten in Form von moderaten Tariflohnsteigerungen zur Preisstabilität beigetragen haben und dafür Kaufkraftverluste hinnehmen mussten, haben die Kapitaleseite die Krise durch überzogene Preisaufschläge für Umverteilung zu ihren Gunsten ausgenutzt, betonen die Forscher. Immerhin bestehe die Aussicht, dass die Gewinnmargen bald wieder auf ein normales Maß schrumpfen könnten. Dazu beitragen dürften die zu erwartende Entschärfung von Lieferengpässen sowie der Nachfragerückgang angesichts einer schwachen globalen Konjunktur. Die derzeitigen Übergewinne könnten zudem als „Puffer für künftige Lohnsteigerungen“ dienen. <

Quelle: Thilo Janssen, Malte Lübker: Europäischer Tarifbericht des WSI 2022/2023: Inflationsschock lässt Reallöhne europaweit einbrechen, WSI-Report Nr. 86, Juli 2023 [Link zur Studie](#)

Umverteilung zulasten der Beschäftigten

So hat sich der Anteil der Löhne am Volkseinkommen entwickelt in **Deutschland** und in der **EU** ...



Zu wenig Neubau verschärft Wohnungsnot

Beim Wohnungsbau droht ein drastischer Einbruch. Um den Neubau bezahlbarer Wohnungen zu fördern, braucht es nicht nur mehr Geld, sondern auch Unterstützung auf Bundesebene.

Die Bundesregierung hat den Neubau von 400 000 Wohnungen pro Jahr versprochen. Nachdem dieses Ziel bereits im vergangenen Jahr mit 295 000 neu fertiggestellten Wohneinheiten deutlich verfehlt wurde, könnte die Zahl in diesem Jahr im schlimmsten Fall auf 223 000 und im kommenden Jahr auf 177 000 sinken. Damit wäre der historische Tiefstand von 2009 fast wieder erreicht. Gründe dafür sind die hohen Zinsen und Baukosten. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie des IMK. Angesichts solcher Aussichten sollten die Ausgaben für öffentlich geförderten Wohnungsbau erhöht und die Strukturen für eine schnellere Umsetzung von Bauvorhaben gestärkt werden, empfehlen die Forschenden.

Für ihre Untersuchung haben die IMK-Fachleute Carolin Martin und Thomas Theobald zusammen mit Lukas Jonas ein statistisches Modell entwickelt, mit dem sich die Auswirkungen der Zins- und Einkommensentwicklung auf die Bautätigkeit abschätzen lassen. Die Zahl der Fertigstellungen im Jahr 2022 wird vom Modell mit 274 000 neuen Wohnungen relativ gut prognostiziert, wenn auch leicht unterschätzt. Die Forschenden gehen daher davon aus, dass auch die Prognosen für 2023 und 2024 eher den unteren Rand definieren. Hinzu kommt, dass das Bundesbauministerium aktuell die Förderung für den sozialen Wohnungsbau erhöht – allerdings liegen noch nicht genügend Informationen vor, um die Auswirkungen auf die Baufertigstellungen in den Jahren 2023 und 2024 abzuschätzen.

Doch selbst wenn die Entwicklung etwas besser ausfiele als in der Risikoabschätzung angenommen, würde dies immer noch drastische Einbrüche bedeuten, die die Bauwirtschaft auf Jahre hinaus lähmen könnten, warnen Martin, Theobald und Jonas. Es bestehe die Gefahr, dass Kapazitäten abgebaut werden, was dazu führt, dass das verfügbare Angebot auch mittelfristig deutlich hinter dem Bedarf zurückbleibt.

Um den absehbaren Einbruch der privaten Bauinvestitionen zumindest teilweise zu kompensieren, plädieren die Forschenden für eine noch deutlichere Erhöhung der Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau. Dies könnte nicht nur die Bauwirtschaft stabilisieren, sondern auch den Anteil

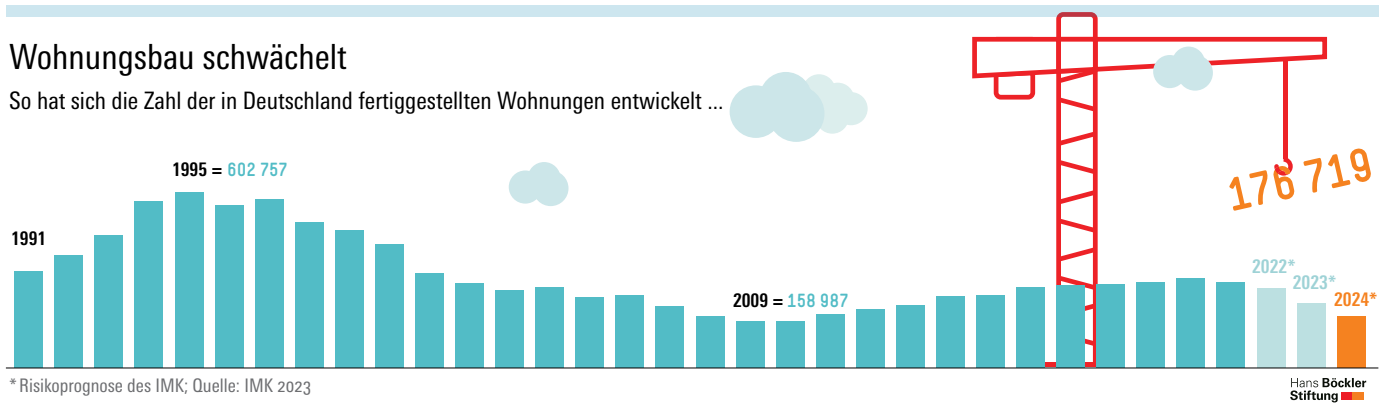
preisgünstiger, energieeffizienter Wohnungen erhöhen, die von privater Seite wegen zu hoher Bau- und Finanzierungskosten zuletzt zu selten gebaut wurden.

Befürchtungen, dass ein verstärktes Engagement der öffentlichen Hand die Baupreise und damit indirekt die Inflation anheizen könnte, halten die IMK-Fachleute derzeit für übertrieben. Die Risiken seien beherrschbar, insbesondere wenn man die Ausgaben schrittweise erhöht, die Lage jährlich evaluiert, die übrige Bautätigkeit im Auge behält und bei besserer Entwicklung auf weitere Ausbauschritte verzichtet. Wenn andererseits zu wenig Wohnungen gebaut werden und die Mieten aufgrund der Knappheit weiter steigen, könne dies auch die Inflation anheizen.

Konkret könnte nach Analysen des IMK eine Aufstockung und Ausweitung der bestehenden KfW-Programme für den sozialen Wohnungsbau dazu beitragen, die durch steigende Zinsen verursachten Kosten abzufedern und damit Bauvorhaben zu ermöglichen. Eine weitere Fördermöglichkeit bestünde im Bereich des Erbbaurechts – wenn sich private Bauträger verpflichten, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, könnten sie im Gegenzug Vergünstigungen beim Erbbauzins für das Grundstück erhalten. Mittelfristig sei es zudem sinnvoll, neue öffentliche Einrichtungen zu schaffen, die den Bau bezahlbarer Wohnungen fördern. Dazu zählt das IMK:

- ▶ Eine bundesweit agierende Beratungsgesellschaft. Sie kann kommunale Verwaltungen bei der Planung von Wohn- und Stadtteilprojekten unterstützen. Hier würde sich ein Ausbau der bereits existierenden Beratungsgesellschaft „Partnerschaft Deutschland“ anbieten.
- ▶ Ein Bodenfonds, der die Kommunen dabei unterstützen kann, das öffentliche Eigentum an Grund und Boden auszuweiten.
- ▶ Ein Beteiligungsfonds, der sich als Minderheitsgesellschafter an öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften beteiligen und so deren Eigenkapitalbasis stärken kann. <

Quelle: Lukas Jonas, Carolin Martin, Thomas Theobald: Mehr öffentlicher Wohnungsbau zum Erhalt der Kapazitäten? Eine Abschätzung möglicher Rückgänge der Bauaktivität durch gestiegene Zinsen für die Jahre 2023 – 24, IMK Policy Brief Nr. 155, Juli 2023 [Link zur Studie](#)



Engpass Kinderbetreuung

Personalmangel in Betreuungseinrichtungen verschärft den Fachkräftemangel auch in anderen Betrieben – wenn Eltern weniger arbeiten können.

Zehn Jahre nach Einführung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr fehlen nicht nur zahlreiche Betreuungsplätze. Auch ein großer Anteil der erwerbstätigen oder arbeitsuchenden Eltern, die offiziell für ihr Kind einen Platz in der Kita oder bei Tageseltern haben, können nicht auf eine zuverlässige Betreuung vertrauen: Gut 57 Prozent von ihnen waren in diesem Frühjahr mit Kürzungen der Betreuungszeiten oder sogar zeitweiligen Schließungen der Einrichtung aufgrund von Personalmangel konfrontiert. Das ist ein Ergebnis der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung, für die im Juli insgesamt mehr als 5000 erwerbstätige und arbeitsuchende Personen online befragt wurden. „Die Zahl ist ein Alarmsignal: Die frühe Bildung in Deutschland steht auf wackligen Füßen. Sie wurde zwar in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark ausgebaut. Aber unzureichende finanzielle Ausstattung und der damit zusammenhängende Fachkräftemangel in Erziehungsberufen machen sie unzuverlässig“, sagt Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI. Sie hat die Befragung zusammen mit den WSI-Forschern Andreas Hövermann und Helge Emmler ausgewertet.

Von den 469 befragten Eltern, deren Kinder eine Kita oder eine Tagesmutter oder einen Tagesvater besuchen, gaben 38 Prozent an, dass die Betreuung in den drei Monaten vor der Befragung zeitweise wegen Personalmangels komplett ausgefallen ist. Bei 47 Prozent kam es aus diesem Grund zu Verkürzungen der vereinbarten Betreuungszeiten. Da ein Teil der Eltern sowohl mit Kürzungen als auch mit Schließungen zurechtkommen musste, summiert sich die Quote der Betroffenen insgesamt auf gut 57 Prozent.

Viele Eltern stellt das vor große Probleme im Alltag: 67 Prozent der betroffenen Befragten sagen, dass sie die Ausfälle bei der Kinderbetreuung als belastend empfinden. 30 Prozent bewerten die Situation sogar als „sehr belastend“. Knapp die Hälfte der betroffenen Mütter und Väter hat während der Schließung oder Kürzung der Betreuungszeit Urlaub genommen oder Überstunden abgebaut, um die Betreuungslücke auszugleichen. Knapp 30 Prozent mussten zeitweilig ihre Arbeitszeit reduzieren.

Arbeitsbedingungen in Erziehungsberufen verbessern

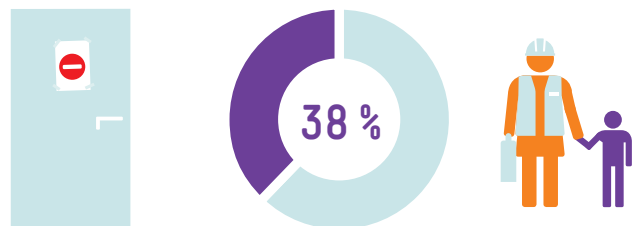
Um den Engpass zu überbrücken, wurden häufig auch Partnerinnen, Partner, Verwandte oder Bekannte eingebunden. Innerhalb von Partnerschaften zeigt sich dabei ein charakteristischer geschlechtsspezifischer Unterschied: Während 63 Prozent der befragten Väter in heterosexuellen Beziehungen angaben, dass ihre Partnerin bei der Kinderbetreuung eingesprungen sei, berichteten das nur 33 Prozent der Mütter über ihren Partner.

„Die Befragungsdaten zeigen, wie dringend die Arbeitsbedingungen in Erziehungsberufen verbessert werden müssen“, so WSI-Direktorin Kohlrausch. „Denn es droht eine

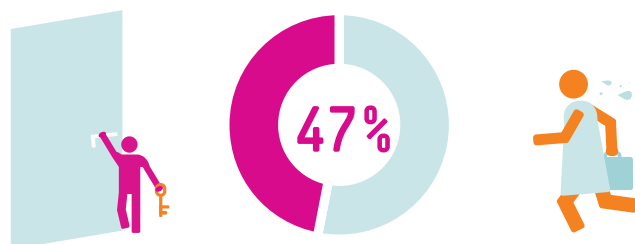
sich selbst verstärkende Spirale nach unten: Es gibt generell zu wenige Stellen an Kitas, weil die Betreuungsschlüssel zu schlecht sind und zu wenig ausgebildet wird. In dieser Situation steigen dann Erzieherinnen und Erzieher aus. Aus anderen Untersuchungen wissen wir, dass das häufig Menschen sind, die den Beruf lieben, aber die konkreten Zustände, den Stress bei mäßiger Bezahlung, auf die Dauer nicht aushalten. Der Fachkräftemangel in der frühen Bildung verschärft dann wiederum den Arbeitskräftemangel in anderen Branchen: Eltern, vor allem Mütter, die nicht auf eine stabile

Viele Ausfälle

In den letzten drei Monaten hatte die Einrichtung zur Kinderbetreuung wegen Personalmangels zeitweise geschlossen, sagen von den Eltern ...



Zu verkürzten Betreuungszeiten kam es bei ...



Quelle: WSI 2023

Hans Böckler
Stiftung

Kinderbetreuung vertrauen können, müssen ihre Erwerbstätigkeit einschränken, anstatt sie auszubauen.“

Es gebe keine schnelle Patentlösung für das Problem, das sich über Jahre aufgebaut hat, sagt die Soziologin. „Trotzdem kann und muss die Politik etwas tun, und zwar rasch.“ Ein Ansatz wäre eine Ausbildungsoffensive für Erziehungsberufe, verbunden mit einer deutlichen Verbesserung der Personalschlüssel. Ein zweiter sei die Bezahlung. Trotz einiger Verbesserungen sei da „noch Luft nach oben“. Und mehr Geld könnte abgewanderte Fachkräfte dazu bewegen, wieder in den Bereich der frühen Bildung zurückzukehren. <

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne,
Sabrina Böckmann

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls.
Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns
eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen:
www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung
Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

ARBEITSWELT

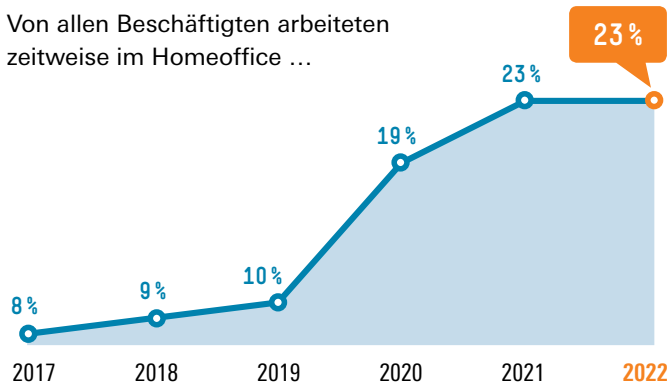
Weiter im Homeoffice



Auch nach Corona arbeiten viele Beschäftigte von zu Hause aus. Der Anteil derjenigen, die 2022 zumindest gelegentlich im Homeoffice arbeiteten, war genauso hoch

wie im Jahr zuvor, das noch stark von der Pandemie geprägt war. Dabei gab es große Unterschiede zwischen den Branchen – während in der IT-Branche gut drei Viertel zu Hause arbeiteten, waren es auf dem Bau und im Gesundheitswesen weniger als acht Prozent. <

Von allen Beschäftigten arbeiteten zeitweise im Homeoffice ...



Quelle: Destatis, Juli 2023 [Link zur Studie](#)

GLEICHSTELLUNG

Kaum Frauen mit Top-Einkommen



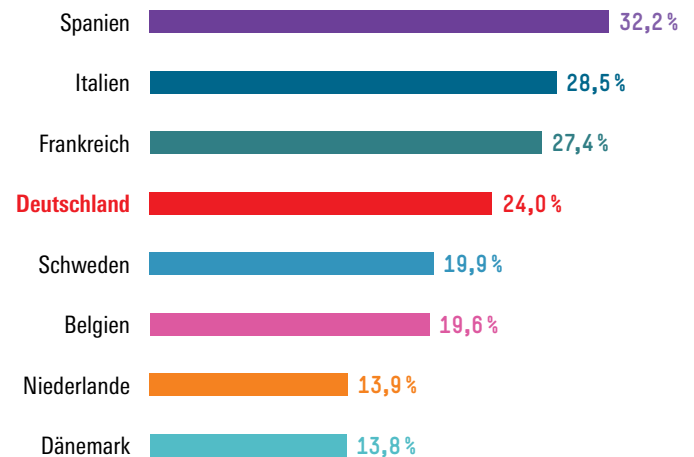
Nur jede siebte Person mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 5500 Euro ist eine Frau. Das geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hervor. Der Frauenanteil unter Menschen mit sehr hohem Einkommen sei seit langem nahezu unverändert und eine Trendwende nicht in Sicht, schreiben die Forschenden. <

Quelle: IAB, August 2023 [Link zur Studie](#)

UNGLEICHHEIT

Arme Kinder

So viele Kinder sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht in ...



Quelle: Destatis, Juli 2023 [Link zur Studie](#)

ARBEITSWELT

Trend zur inneren Kündigung gestoppt?



In der öffentlichen Diskussion ist immer wieder vom „Quiet Quitting“ die Rede, also davon, dass Beschäftigte zwar im Beruf bleiben, sich aber nicht mehr voll engagieren. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung haben diese These überprüft. Ihr Ergebnis: Vor der Corona-Pandemie habe die Bindung der Beschäftigten an ihren Arbeitgeber zwar über mehrere Jahre hinweg abgenommen. Dieser Trend sei aber zuletzt gestoppt worden und habe sich teilweise sogar umgekehrt. <

Quelle: IAB, Juli 2023 [Link zur Studie](#)